

EUROPÄISCHES PARLAMENT

1999



2004

24. April 2002

8/2002

SCHRIFTLICHE ERKLÄRUNG

zur Eintragung in das Register

eingereicht gemäß Artikel 51 der Geschäftsordnung

von Herrn Fernando Fernández Martín

zum ständigen Zustrom illegaler Zuwanderer und Flüchtlinge in die Europäische Union

Fristablauf: 24. Juli 2002

Das Europäische Parlament,

- A. in der Erwägung, dass der ständige Zustrom illegaler Zuwanderer und Flüchtlinge in die Europäische Union jede ernsthafte und wirksame Migrationspolitik sowohl vonseiten der Europäischen Union als auch vonseiten der Mitgliedstaaten zu untergraben droht,
- B. unter Hervorhebung der Tatsache, dass der massive Zustrom illegaler Zuwanderer weiterhin über die traditionellen Gebiete im Osten Europas, die Länder des Mittelmeerraums sowie über Gebiete erfolgt, in denen dieses Phänomen erst seit kurzem auftritt, wie die Kanarischen Inseln,
- C. besorgt über die schwerwiegenden und ständigen Menschenrechtsverletzungen in Drittländern,
- D. in der Überzeugung, dass es erforderlich ist, eine tatsächlich wirksame Politik zu entwickeln, um gegen das internationale organisierte Verbrechen vorzugehen, das skrupellos illegale Einwanderer einschleppt und mit persönlichen und kollektiven Tragödien ganzer Völker sein Unwesen treibt,
1. ersucht die Europäische Kommission,
- eine Reihe von finanziellen Beiträgen vorzusehen, mit denen den Mitgliedstaaten die Einrichtung von Strukturen für die befristete Aufnahme von Flüchtlingen und illegalen Zuwanderern ermöglicht werden soll,
 - einen Aktionsplan auf der Grundlage der Erfahrungen mit dem massiven Zustrom illegaler Zuwanderer und Flüchtlinge über den Osten Europas, das Mittelmeer und die Kanarischen Inseln auszuarbeiten,
 - wirksame Maßnahmen einzuleiten, um durch eine Zusammenarbeit mit der örtlichen Polizei und mit Hilfe von vor Ort eingesetzten Polizeikräften der Mitgliedstaaten Boote mit illegalen Zuwanderern und Flüchtlingen abzufangen und das Auslaufen solcher Boote zu verhindern,
2. beauftragt seinen Präsidenten, diese Erklärung an die Kommission zu übermitteln.